

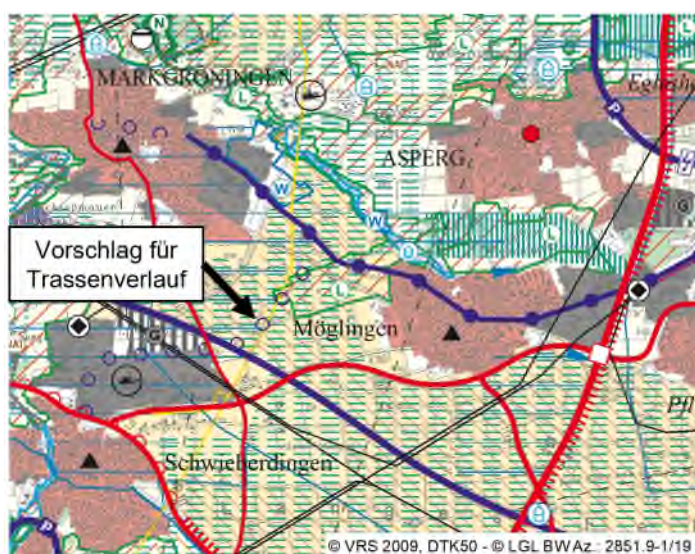
Zu Tagesordnungspunkt 4

Schwieberdingen mit den Standorten von Bosch und Porsche an die Schiene bringen - Antrag der CDU/ÖDP-Fraktion vom 14.10.2019

Die Regionalversammlung hat am 11.12.2019 (s. **Vorlage 017 / 2019**) zu dem in der **Anlage 1** dargestellten Haushaltsantrag der CDU/ÖDP-Fraktion beschlossen, dass die Geschäftsstelle in Gesprächen mit den Kommunen, Verkehrsträgern und Unternehmen auf eine Schienenanbindung der Standorte Bosch und Porsche in Schwieberdingen hinwirken soll. Dabei soll auch eine Mehrfachnutzung durch Personen- und Güterverkehr geprüft werden.

I Sachvortrag

Eine Schienenanbindung der Gewerbestandorte im Norden von Schwieberdingen ist im Regionalplan als Vorschlag zum Ausbau des Stadtbahnnetzes (Plansatz 4.1.2.1.8 (V)) ausgewiesen. Der in der Raumnutzungskarte dargestellte Trassenverlauf baut auf den Überlegungen zur Stadtbahn Ludwigsburg auf. Er bindet bei Möglingen an den Stadtbahnast Ludwigsburg - Markgröningen an und verläuft zwischen dem Standort der Fa. Bosch und dem nördlich davon gelegenen Schwerpunkt für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen zur B 10 bei Schwieberdingen. Im Regionalverkehrsplan ist der Stadtbahnast Möglingen - Schwieberdingen als mögliche Erweiterung der künftigen Stadtbahn Ludwigsburg als Maßnahme des weiteren Bedarfes / zur Trassenfreihaltung eingestuft.



Auf der Grundlage der Festlegungen im Regional- und Regionalverkehrsplan hat sich die Geschäftsstelle in Gesprächen mit den Kommunen und dem Landkreis Ludwigsburg wiederholt für eine Schienenanbindung von Schwieberdingen und des Arbeitsplatzschwerpunktes im Norden der Gemeinde eingesetzt. Dabei hat sich die Region u. a. bei den seit dem Jahr 2008 laufenden Untersuchungen zu einem Stadtbahnverkehr im Raum Ludwigsburg (s. **Vorlagen 147 / 2008, 40 / 2010, 69 / 2010 und 147 / 2012**) stets für die Berücksichtigung eines Schienenastes nach Schwieberdingen ausgesprochen. Auch wenn dieser Ast, ebenso wie derjenige nach Waiblingen, in den Untersuchungen frühzeitig zugunsten der Förderfähigkeit des Gesamtprojekts zurückgestellt werden musste, hat die Region mehrfach dafür plädiert, beide Äste zumindest als langfristige Optionen in die Überlegungen einzubeziehen und planerisch abzusichern.

Angesichts der Corona-Krise und der damit verbundenen Unwägbarkeiten hinsichtlich der mittel- bis längerfristigen wirtschaftlichen Entwicklung erscheint es bis auf Weiteres nicht möglich, von den Standortkommunen, den Verkehrsträgern und insbesondere den Unternehmen verbindliche Aussagen zu einer Schienenanbindung der Gewerbestandorte in Schwieberdingen zu erhalten. Da die mittelfristigen wirtschaftlichen Folgen der Pandemie für die Unternehmen, aber auch die Auswirkungen auf die Steuereinnahmen in den nächsten Jahren gegenwärtig nicht hinreichend genau abgeschätzt werden können und gleichzeitig Entscheidungen für Schienenverkehre mit hohen Investitionen und langfristigen Bindungen verbunden sind, kann nicht mit einer Gesprächs- und Entscheidungsbereitschaft der Kommunen, Verkehrsträger oder Unternehmen zum Thema Schienenanbindung gerechnet werden.

Vor diesem Hintergrund erscheint es zweckmäßig, dass die Geschäftsstelle derzeit nicht versucht, Absichtserklärungen der Kommunen, Verkehrsträger und Unternehmen einzuholen, sondern die Thematik Schienenanbindung von Schwieberdingen während und nach der Corona-Pandemie weiterhin zu beobachten und wie bislang praktiziert bei passenden Gelegenheiten in den Dialog mit den Kommunen, Verkehrsträgern und Unternehmen einzuspeisen.

Insbesondere gilt dies für die vorbereitenden Maßnahmen zur Realisierung des regionalen Gewerbeschwerpunktes für eine Nutzung durch die Firma Porsche.

II Beschlussvorschlag

Der Antrag der CDU/ÖDP-Fraktion wird als erledigt erklärt. Die Geschäftsstelle wird im Verkehrsausschuss über relevante Entwicklungen hinsichtlich einer Schienenanbindung der Gewerbestandorte in Schwieberdingen berichten.